



Am Ende mit den eigenen Kräften? – Hört die Signale!

Von Jörg Radek, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei



Gewerkschaftliche Kritik an Einsatzmaßnahmen ist selten. Dort wo sie geäußert wird, wird sie oftmals als Einmischung in die Einsatztaktik empfunden. Diese Sichtweise blendet jedoch einen wesentlichen Aspekt aus: Im Rahmen der Beurteilung der Lage ist auch der Einsatzwert der eigenen Kräfte zu beurteilen. Dieses Urteil wird geprägt durch den Zustand des eigenen Personals. Es fehlt derzeit eine Bewertung der fortwährend geforderten Beweglichkeit auf die Motivation. Die vorhandenen Feststellungen, dass die Menschen in der Bundespolizei nicht ausgeruht sind und einen Grad an Ermüdung aufweisen, werden augenscheinlich ignoriert. Die gewonnenen Erkenntnisse lösten bisher keine spürbare Führungsverantwortung aus.

Den Ergebnissen der Studie – im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) – durch die Fachhochschule Magdeburg-Stendal („Beerlage-Studie“) geht es dabei ähnlich wie den eigenen Erhebungen der Krankheitszeiten im Gesundheitsförderungsbericht 2009 des BMI. Die alarmierenden Befunde für die Bundespolizei liegen vor, ohne dass darauf Reaktionen bemerkbar gewesen wären. Erfasst wurden alle Fehlzeiten von Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigten – einschließlich Anwärterinnen und Anwärter sowie Auszubildende – aufgrund Krankheit, Unfall oder Rehabilitationsmaßnahmen. Nicht enthalten sind Krankheitstage, die auf Wochenenden oder Feiertage fallen. – In einem 24-Stunden-Betrieb, an sieben Tagen in der Woche, wie in einer Polizei, wird somit das Ergebnisbild verzerrt: Die Fehltagelagen dürften real höher sein. Die steigende Quote von Fehlzeiten dürfte bei einem alternden Personalkörper wenig überraschen. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt jedoch nicht bei dem seit Jahren unterstellten individuellen Fehlverhalten unserer Beschäftigten. Vielmehr sollte der Blick auf die zunehmende Arbeitsverdichtung gerichtet werden. Kenntnissnahme ohne Entschlussfassungen. – Signale zum Binnenklima in unserer Organisation gab es in der Ver-

gangenheit zur Genüge. Zu den Modernisierungsabsichten der 90er Jahre gehörten auch Mitarbeiterbefragungen. Das gefundene Ergebnis war damals schon nicht das Gewünschte ...

Aus der Organisationslehre ist bekannt: Die Aufgabe bestimmt die Organisation. Der Aspekt der Ausrichtung an der Aufgabe reichte nicht mehr aus. Der Mitteleinsatz gewann an Bedeutung und an Prägung. Der Methodenansatz der Kosten- und Leistungsrechnung, des Controllings oder des Benchmarkings scheinen seitdem die Beurteilung der Lage – unter der Einbeziehung der eigenen Kräfte – abgelöst zu haben.

Dort, wo es passt, wird abstrakt auf die Lage oder den Auftrag verwiesen. Die lagebedingten Folgen haben dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu akzeptieren! Der rasante Organisationswandel der letzten Jahre drehte sich um die Aufgabe und ihre Organisation, nicht um die Menschen. Dieses Verhalten folgt der Einstellung Verantwortlicher, die Polizei sei unpolitisch. Doch das Gegenteil ist der Fall! – Die Strategieentwicklung für die Polizei hängt von der Organisationsgewalt des verantwortlichen Innenministers ab. Er legt die politischen Schwerpunkte fest. Wir haben doch alle gemeinsam Erfahrungen hierzu gemacht. Beispielsweise:

Der Wegfall von Grenzkontrollen war die politische Preisgabe der Fahndungslinie bzw. die Absicht, das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundespolizei zusammenzulegen, hat ihren Ursprung in der Koalitionsvereinbarung. Die Polizei unterliegt damit einer parlamentarischen Steuerung und ist eine sehr politische Organisation.

Alles Politische zieht auch Menschliches nach sich. Politik handelt von dem Zusammensein und dem Miteinander. Dieses Miteinander wird in der Bundespolizei von den Menschen getragen. Der Auftrag bestimmt die Organisation. Er erledigt sich jedoch nicht von selbst. Der Auftrag wird von Menschen erledigt. Die Lage, wenn sie denn besteht, wird von ihnen bewältigt. Von Menschen mit einem persönlichen und beruflichen Lebenslauf, mit einer Familie, mit pflegebedürftigen Angehörigen, mit Kindern, mit Sorgen und Nöten, mit Spaß und Freude. In welcher Kennziffer finden sich diese scheinbar „weichen“ Faktoren?

Ein Wald ist mehr als nur eine Ansammlung von Bäumen. Die Bundespolizei ist mehr als eine Datensammlung von Kennziffern. Wer die Menschen nicht mitnimmt, wird am Ende dem Auftrag nicht gerecht. Die Menschen in unserer Organisation leisten dort, wo sie sind, gute Arbeit. Das wird ihnen in Gruß- und Dankesworten immer wieder bestätigt. Doch an konkreter Fürsorge mangelt es. Hier muss deutlich ein Belastungsausgleich angemahnt werden. Die Felder Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsbetreuung sind derzeit als „Niemandland“ der dienstlichen Fürsorge anzusehen. Die Organisationsänderungen – seit 1996 bis heute – wurden nicht von zentralen Mitarbeiterbefragungen begleitet. Das bekannte Ergebnis der so genannten „Beerlage-Studie“ traf deshalb wohl umso mehr den Nerv. Doch außer Verdrängung der Realität erfolgte keine Reaktion. Also nur ein „Phantomschmerz“? – Die Belastungen der Angehörigen in der Bundespolizei und deren Folgen verdienen es, ernstgenommen zu werden.



Weiterentwicklung angezeigt

Die Bundesregierung hat bereits festgestellt, dass wir uns auf den Weg des lebenslangen Lernens begeben müssen. Nicht zuletzt auch vor den Hintergründen der PISA-Studie als auch des demographischen Faktors für die Arbeitswelt.

In der Bundespolizei scheinen die Personalverantwortlichen hinsichtlich der ausstehenden Entscheidung zur Qualifizierung von Tarifbeschäftigten in der Verwaltung auf Zeit zu spielen. Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) stammt aus dem Jahre 2005. Heute schreiben wir das Jahr 2011. Wie sonst wäre zu erklären, dass es noch im-

mer keine Dienstvereinbarung gibt, die Weiteres wie z. B. die Umsetzung von Qualifizierungsmöglichkeiten für den Tarifbereich regelt.

Ach ja, – dazu wäre ein Personalplanungs- und Entwicklungskonzept (PE) erforderlich, welches alle Beschäftigungs-/Statusgruppen mit einbezieht. Qualifizierung nimmt eine zentrale Stellung innerhalb belastbarer und solider Überlegungen zu Personalplanung und -entwicklung ein.

Die immer schnellere Entwicklung der Informationstechnologie beschleunigt auch die Qualifizierungsnotwendigkeiten; diese Überlegung soll und müsste auch ein Anliegen der Verantwortlichen in der Bundespolizei sein. Nicht jeder Sparzwang – nach dem Motto: „Teufel komm’ raus“ – rechnet sich im Ergebnis.

In der Zeitschrift „Der Personalrat“ (Ausgabe 12/2006) machte der Autor Günter Wurster auf die Problematik „Lernen – lebensbegleitend und altersgerecht. Wie muss sich die dienstliche Fortbildung verändern?“ aufmerksam. Viele Facetten beleuchtete er dabei. So auch, wie sich die Beschäftigten vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden

Belegschaft weiter qualifizieren müssen.

Der Vorsitzende der Tarifkommission des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Peter Ludwig, vertritt u. a. die Auffassung: „Unseren Tarifbeschäftigten eine Qualifizierung (Fort- und Weiterbildung) angedeihen zu lassen, sollte und muss im Interesse der Arbeitgeber Bundespolizei liegen. Der Arbeitgeber sollte Qualifizierungsangebote im Bereich der Bundespolizei – innerhalb der Bundespolizeiakademie – aber auch die von externen Bildungsträgern bereitstellen. Aber auch wir Tarifbeschäftigten sollten uns nicht davor scheuen, unser erworbenes Wissen zu vertiefen und zu erweitern. Ich kann euch aus eigenem Erleben dazu ermuntern, eine Qualifizierung anzugehen. Die Bundespolizei ist sicherlich noch nicht am Ende ihrer Reform und ist gut beraten, sich ihr Tarifpersonal qualifiziert zu erhalten. Der fortschreitende Personalabbau auch im Beamtenbereich wird zur Folge haben, dass wir noch froh sein werden, auf unser Tarifpersonal zurückgreifen zu können.“ **Felizitas Miklis**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2836

NACHRUF

Plötzlich, für uns alle unfassbar, verstarb am 19. März 2011 unser Kollege

Axel Berndt

Axel Berndt führte die GdP-Fachgruppe BAG von 2006 bis 2010 als Vorsitzender und engagierte sich in herausragender Weise für die Beschäftigten im Bundesamt für Güterverkehr. Wir trauern um einen sympathischen, liebenswerten und kompetenten Kollegen und Freund, den wir als solchen in Erinnerung behalten werden. Unsere Gedanken sind in diesen schweren Stunden bei seiner Frau und bei seiner Tochter sowie seinen Angehörigen.

Mario Märgner
für die GdP-Fachgruppe Bundesamt für Güterverkehr (BAG)



GdP VOR ORT

Bernhard Witthaut auf Rhein-Main

Am 30. März 2011 besuchte der neue Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main. Hintergrund: Der GdP-Chef wollte sich – zusammen mit Jörg Radek als seinem Stellvertreter – zu den sensiblen Sicherheitsaspekten und damit zur Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei sowie den Arbeitsbedingungen auf Deutschlands größtem Flughafen vor Ort ein Bild verschaffen.

Nach Begrüßung durch Dieter Spacek und Kerstin Kohlmetz – stellvertretend für die Behördenleitung – und einer Einweisung in die Aufgabenwahrnehmung erfolgte eine Erörterung zur Gesamtsituation bei dieser klassischen Pendlerdienststelle. So reisen ca. 50% aller Kol-



Vor Ort in einer der Schwerpunktinspektionen. Die GdP-Vertreter werden durch Matthias Wörner (Leiter der Bundespolizeiinspektion [BPOLI] II – rechts) zur aktuellen Lage in Kenntnis gesetzt. Mit dabei: der stellvertretende Leiter der BPOLI Kriminalitätsbekämpfung, Fritz Kroß (links).

legen und Kollegen täglich über eine Wegstrecke von mindestens 80 bis 100 Kilometern ins Rhein-Main-Gebiet zur Dienst- und Arbeitsverrichtung an. Die daraus resultierenden Problemstellungen wurden genauso thematisiert wie auch die demographischen Entwicklungsprozesse bei dieser exponierten Dienststelle. Aus Sicht der GdP ist es unabdingbar, dass sich die Bundespolizei

andere auf diese Herausforderungen vorbereitet. So fehlt es u. a. immer noch an einem umfassenden und übergreifenden Planungsdenken in Bezug auf Werbung und Einstellung. Dabei sieht man seitens der GdP sehr wohl, dass Sachzwängen wie Effizienz und Haushalt – als Entscheidungsgrund-

lagen – auch ein breiter Raum im Hinblick auf Personalgewinnung und -entwicklung zugestanden werden muss. Aber gerade zu den prognostischen Entwicklungsdaten des Flughafens (Ausbau des Flugsteigs A-Plus, Inbetriebnahme der Landebahn Nord-West, Bau des Terminals 3) sowie der damit einhergehenden Erhöhung des Fluggastaufkommens von derzeit jährlich 54 Millionen Passagieren auf 89 Millionen im Jahr 2020, sind dringend Antworten vonnöten. Die GdP-Vertreter zeigten sich von der tatsächlichen polizeilichen Aufgabenvielfalt auf dem Rhein-Main-Flughafen und dem professionellen Niveau unserer Kolleginnen und Kollegen sichtlich beeindruckt und versprachen, den seit Jahren bestehenden Forderungen an die Verantwortlichen aus Politik und im Ministerium gewerkschaftspolitisch Nachdruck zu verleihen. So wurde das Zusammenwirken der polizeilichen Arbeit auf dieser Dienststelle in Bezug auf einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit unseres Landes mit den Kapillaren eines Organismus verglichen, der bei Verstopfung dieser Poren einen Infarkt erleiden könnte. – Die Komplexität und Vielfalt dessen, was geleistet wird, bedarf einer anderen Würdigung und Schlussfolgerung für eine zukunftsfähige Aufstellung dieser Flughafen dienststelle.

Im Anschluss trafen sich die GdP-Vertreter auch mit Vertretern des Betriebsrates des Flughafenbetreibers (Fraport AG), um sich zu Themenfeldern einer Arbeitsverdichtung im Bereich der Luftsicherheitskontrollkräfte auszutauschen, da zu Belastungsmomenten – zu denen sich auch Parallelen zu bundespolizeilichen Arbeitsfeldern auslösen könnten –



Startschuss zu einer umfassenden und umfangreichen Erörterung auf Rhein-Main: Jörg Radek und Bernhard Witthaut bei Dieter Spacek und Kerstin Kohlmetz (v. l. n. r.).

bereits Untersuchungsergebnisse des Fraunhofer-Instituts vorliegen und weitergehende Untersuchungen in Zusammenarbeit mit der Unfallkasse Hessen und AOK initiiert werden. „Alle Beschäftigten haben ein Recht auf eine faire Behandlung und dürfen nicht zum Spiel-



Detaillierte Einweisung der GdP-Vertreter in die Aufgaben der Schwerpunktprüfstelle für Urkunden (SPU) durch Thomas Russ.

Fotos: GdP

ball wirtschaftlicher Interessen werden. Das haben sie nicht verdient“, so Bernhard Witthaut in seinem abschließenden Resümee. Der GdP-Bundesvorsitzende sagte allen Beteiligten seine Unterstützung bei der Umsetzung der noch vor uns liegenden schwierigen Themen zu.

**Martin Schmitt,
Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe
Flughafen Frankfurt/Main**



VERABSCHIEDUNG

Am 22. Februar 2011 wurde unser Kollege Hermann Herschbach (links im Bild) von seinem Inspektionsleiter, Matthias Wörner (rechts im Bild), in den Ruhestand verabschiedet. Nicht ohne Wehmut verließ Hermann Herschbach seine langjährige Wirkungsstätte in der

Bundespolizeiinspektion (BPOLI) II am Frankfurter Flughafen.

Mit Herman Hupfelds Musical-Song „As time goes by“, der durch den Filmklassiker Casablanca weltweite Bekanntheit erlangte, verabschiedeten die Jazz-Freunde Gedern den langjährigen „Spieß“ nach 45 Dienstjahren adäquat in den Ruhestand. Im Juli 1970 trat der Saarländer Hermann Herschbach als Grenzzäger in den damaligen Bundesgrenzschutz ein und er fand zunächst in der technischen Fachschiene seinen Platz in der Polizei des Bundes. Pionierarbeit verrichtete er auch bei der Überwindung der verschiedensten Hindernisse, die sich in seiner BPOLI am Rhein-Main-Flughafen immer wieder auftaten. Hermann war stets verbindendes Element für unsere Kolleginnen und Kollegen. Mit Freude sieht er in die Zukunft, wo sich neben sei-

ner Ehefrau auch seine Kinder und sein Enkelkind auf die Zeit mit ihm freuen. Neuen Herausforderungen wird sich der ambitionierte Schütze und Läufer auch in Zukunft stellen. Für die Direktionsgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dankte der stellvertretende Vorsitzende, Ernst Reinel, dem zukünftigen Pensionär für seinen Einsatz für die Menschen in unserer Organisation.

Der Refrain des o. a. Jazzstandards schließt mit dem Satz: „The fundamental things apply as time goes by.“ – „Die grundlegenden Dinge bleiben, während die Zeit vergeht...“. Lieber Hermann, damit wünschen wir dir – als GdP – auf diesem Weg für deinen weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute; vor allem Gesundheit und persönliche Zufriedenheit.

*Martin Schmitt,
Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe
Flughafen Frankfurt/Main*



Foto: Gregor Enbers

AKTION

An vielen Orten Deutschlands ließen Kolleginnen und Kollegen in unseren

Kreis- und Direktionsgruppen Luftballons (wie hier auf unserem Foto vor dem Frankfurter Hauptbahnhof) – mit unseren Forderungen – anlässlich des 60. Geburtstages der Bundespolizei um fünf vor zwölf in die Luft steigen.

Ja, aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, ist es in der Tat fünf vor zwölf, da unsere Forderungen nicht neu sind und wir erwarten endlich, dass zu unserer Erwartungshaltung – im Hinblick auf die Beseitigung der angesprochenen Gerechtigkeitslücken – endlich Taten folgen. Wir fordern von der Politik, dass die Verantwortlichen uns nicht mit diesen Problemen al-



leine lassen und endlich unsere Forderungen für die Menschen in der Bundespolizei erfüllt werden! Näheres hierzu kann auch über unsere Homepage nachgelesen werden.



Foto: GdP

NACHRUFE

Am 8. März 2011 verstarb im Alter von 59 Jahren nach langer und schwerer Krankheit unser geschätzter Kollege

Hartmut Gröning

Wir verlieren mit ihm ein treues Mitglied unserer Kreisgruppe. Wir trauern um einen liebenswerten Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.

*Peter Gaunitz
für die GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Berlin*

Am 10. März 2011 verstarb im Alter von 69 Jahren unser geschätzter Kollege

Siegfried Wagner

Wir verlieren mit ihm ein treues Mitglied unserer Kreisgruppe. Wir trauern um einen liebenswerten Kollegen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.

*Jörg Günther
für die GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Chemnitz*



JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

Alle Jahre wieder

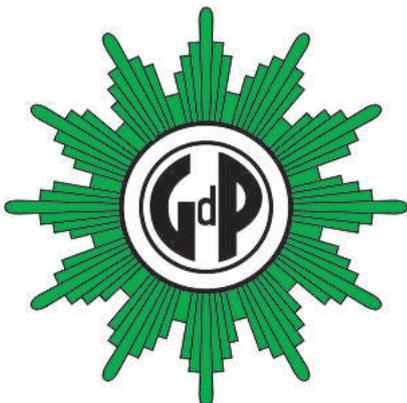
Im konkreten: Alle zwei Jahre wieder ... Die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) wirft bereits ihre Schatten voraus. Der Vorstand für diese Wahl traf sich am 22. März 2011 im Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) in Neustrelitz zur konstituierenden Sitzung und um den Wahltermin auf den Zeitraum vom 24. bis zum 26. Mai 2011 festzulegen.

Für diese Wahl wurde die Briefwahl angeordnet, so dass jede Kollegin und jeder Kollege die Möglichkeit hat, ihr bzw. sein Votum auch außerhalb von Wahllokalzeiten abzugeben. Nun ist es an euch, liebe junge Kolleginnen und Kollegen, eine „kampfstarke Truppe“ zusammenzustellen, um gerade auch eure Interessen entsprechend vertreten zu können.

Sicher werden euch auch unsere GdP-Vertreterinnen und Vertreter in den einzelnen Personalräten immer mit Rat und Tat zur Seite stehen, sofern ihr auf unlösbar scheinende Probleme stoßt.

Ich denke, dass gerade wir, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Weiterbeschäftigung ausgebildeter Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei in Vergangenheit vorangetrieben haben.

Ohne die Gewerkschaft der Polizei und deren ständige Forderungen zur Ausgestaltung der Ausbildungsoffensive in Tarifverträgen wäre dieses in diesem Ausmaße nicht durchzusetzen, geschweige denn zu leisten gewesen.



Um hier nur ein Feld hervorzuheben, ist gerade die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung bei der Bundespolizei und die Verlängerung bereits bestehender Arbeitsverträge zu nennen. Die Gremien der GdP-Vertreterinnen und -vertreter, somit auch die Arbeit der Jugend- und Auszubildendenvertreter, waren mit ihrer stringenten Arbeit hier ziel- und entscheidungsführend. Nun liegt es an euch, diesen Stab aufzunehmen und für bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen sowie auch für gute Ausbildungsvergütungen und auch wiederum für Anschlussbeschäftigungen zu kämpfen.

Damit dieses so bleibt und zukünftig noch ausgebaut wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich euch: Lasst euch für diese Wahl als Vertreterinnen und Vertreter aufstellen und gebt denjenigen eure Stimme, die schon in Vergangenheit für euch kämpften, – den Vertreterinnen und Vertretern unserer GdP.

Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg, die sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe stellen. Wir sorgen auch dafür, dass ihr das entsprechende Rüstzeug bekommt. Wir bieten nämlich speziell für die Vertretungsarbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretungen Seminare (JAV-Grundschulungen) an, die an den nachfolgend aufgeführten Terminen stattfinden:

1. Seminar: während des Zeitraumes vom 28. bis zum 30. September 2011 in Brakel.

2. Seminar: während des Zeitraumes vom 23. bis zum 25. November 2011 in Brakel.

Wer nach der Wahl eines der angebotenen Seminare besuchen möchte, wendet sich bitte an den Vorstand seiner GdP-Kreisgruppe bzw. für weitere Informationen an Elke Jonker in unserer GdP-Bezirks-Geschäftsstelle in Hilden (Tel.: 02 11/71 04-5 25).



Rüdiger Maas

Jetzt JAV-Wahlen 2011

Mitreden! Mitbestimmen! Wählen gehen!

Wir sind für Euch da, wo die Entscheidungen getroffen werden!

Wir – aus Eurer Mitte – nehmen Eure Rechte und Interessen wahr!

Unser Ziel: Eine starke Vertretung der Interessen aller Jugendlichen und Auszubildenden in der Bundespolizei! Mit der Kompetenz einer starken Gewerkschaft wie der GdP an der Seite und Eurer Unterstützung wird dies gelingen!

Wahltermin: 24.05.-26.05.2011

www.gdp-bundespolizei.de

BUNDES POLIZEI



GdP rät: Entgeltbescheide Ost für spätere Rentenberechnung überprüfen lassen!

Neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten auch mehrere Tausend Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei aus den neuen Ländern später Rentenzahlungen für die bis zum 3. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet verbrachten Beschäftigungszeiten.

Aufgrund neuester Rechtsprechung kann sich der persönliche Rentenanspruch erhöhen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) rät allen Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei, die hinsichtlich ihrer Altersversorgungsansparungen bis zur Wiedervereinigung einem so genannten Sonderversorgungssystem angehörten, ihre der Rentenberechnung zugrunde gelegten Entgeltbescheide zu überprüfen bzw. überprüfen zu lassen.

Die vom Bundesverwaltungsamt bzw. von der Wehrbereichsverwaltung Ost ausgestellten Entgeltbescheide sind die bindende Grundlage für die Berechnung der späteren Rente durch die Deutsche Rentenversicherung (DRV), die auch Beamtinnen und Beamten neben den beamtenrechtlichen Versorgungsbezügen gezahlt wird. Anlass ist die – aus einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG, Urteil v. 23. 8. 2007, Az.: B 4 RS 4/06 R) – abgeleitete Rechtsprechung der vergangenen Jahre. Das Bundessozialgericht hatte seinerzeit entschieden, dass in der DDR gezahlte Jahresendprämien – auch wenn auf sie keine Sozialbeiträge gezahlt wurden – Bestandteile der von den Arbeitnehmern erzielten Arbeitsentgelte sind und deshalb in die Entgeltbescheinigungen zur Rentenberechnung einfließen müssen. In der Konsequenz sind die rentenwirksamen Entgelte für die anspruchsberechtigten Angehörigen der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR neu zu berechnen.

Zahlreiche Sozialgerichte haben daraufhin für Angehörige der früheren Sonderversorgungssysteme entschieden, dass auch deren Einkommensbestandteile, die nicht dem (für Angehörige der bewaffneten Organe erhöhten) Sozialversicherungsabzug

unterlagen, zu den Arbeitsentgelten zu zählen und bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen sind. Zu den für die Rente berücksichtigungsfähigen Entgeltbestandteilen zählt nach Auffassung der Richter zum Beispiel, das einem Polizisten der Deutschen Volkspolizei gewährte Verpflegungsgeld und der Sachwert der kostenfreien Verpflegung wie auch der Reinigungszuschlag, der Schichtzuschlag, das Wohnungsgeld, das Bekleidungs-geld, die zusätzliche Belohnung, das Überstundengeld und andere Zulagen und Zuschläge, die je nach Dienststellung gezahlt wurden, sofern sie bisher nicht bei den Entgeltbescheiden berücksichtigt und die Beitragsbemessungsgrenze noch nicht erreicht wurde. – Beispielhaft sei hier auf die Entscheidung des Sozialgerichts Berlin vom 5. 8. 2010 (Az.: S 30 R 4853/09) verwiesen.

Allerdings gibt es auch andere Sozialgerichte, die in den dargestellten Fällen abweichend von der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts keine oder nur von ihnen ausgewählte Zulagen, Zuschläge etc. von Angehörigen der Sonderversorgungssysteme bei der Bemessung des Arbeitsentgelts berücksichtigt wissen wollen, während sie die Berücksichtigung weiterer Entgeltteile ablehnen.

Die Rechtsprechung ist hier bisher nicht einheitlich und widerspricht sich teilweise. Entsprechend unübersichtlich ist auch die Position der Behörden, die für die Erstellung der Entgeltbescheinigungen zuständig sind (– die Entgeltbescheinigungen sind wiederum für die Deutsche Rentenversicherung rechtlich bindend –). So gibt es Behörden der Länder (z. B. Brandenburg), die sich eine für die Betroffenen günstige Position zu eigen gemacht haben, andere Behörden verhalten sich abwartend.

Anspruchsberechtigte müssen sich daher darauf einstellen, dass bei nicht vollständiger Berücksichtigung der genannten Einkommensteile in der jetzt begehrten neuen Ent-

geltbescheinigung Rechtsmittel eingelegt werden müssen.

Für die Betroffenen empfiehlt es sich daher, zunächst wie folgt vorzugehen:

Die Anspruchsberechtigten, die bereits in der Vergangenheit die Klärung ihres Rentenkontos vorgenommen und dafür bereits früher einen Entgeltbescheid erhalten und an den Rententräger gesandt haben, können beim Bundesverwaltungsamt, Außenstelle Berlin-Lichtenberg, Referatsgruppe VII A (für ehemalige Angehörige des MdI einschließlich Feuerwehr und der PKE), bzw. bei der Wehrbereichsverwaltung Ost, Dezernat PA 8 (für ehemalige Angehörige der NVA, der GT und der Zivilverteidigung einen Überprüfungsantrag gemäß § 44 Sozialgesetzbuch (SGB) X stellen. – Der bereits bestehende Entgeltbescheid wird dann neu beschieden und dem Anspruchsberechtigten und der Deutschen Rentenversicherung mitgeteilt.

Notwendig ist jedoch stets ein eigener Antrag, von selbst passiert da nichts!

Anspruchsberechtigte hingegen, die in der Vergangenheit noch keine Kontenklärung für ihr Rentenkonto durchgeführt haben, sollten dies nunmehr bei den bezeichneten Behörden tun und ihren Entgeltbescheid dahingehend prüfen, ob auch die genannten besonderen Arbeitsentgeltteile berücksichtigt wurden.



FRAUENGRUPPE

100 Jahre ... Wie geht's weiter?

Einhundert Internationale Frauentage liegen hinter uns ... Die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen war ein steiniger Weg, auf dem bis heute auch vieles erreicht werden konnte. Eine der elementarsten Festschreibungen manifestiert sich im Wortlaut des Artikels 3 unseres Grundgesetzes und öffnete, wenn auch erst Jahrzehnte später, einen Weg in der Bundespolizei.

Es gibt nämlich erst seit dem 1. Oktober 1987 Frauen im Polizeiberuf der Bundespolizei. Dies war und ist leider nach wie vor mit Unzulänglichkeiten – sowohl in Bezug auf die Arbeitsbedingungen als auch im Hinblick einer ganzheitlich betrachteten beruflichen Fortentwicklung – behaftet. Deshalb trafen sich etliche Frauen und Männer am 8. März 2011 am Berliner Hauptbahnhof, um dem Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Fritzsche, unsere Forderungen zu übergeben. An dieser Stelle möchte ich nochmals auf unsere Forderungen hinweisen:

- § 5 TVöD-Qualifizierung,
- Aufstieg in Teilzeit/Fernstudium,
- Personalentwicklungskonzept (PE),
- kostenlose Kinderbetreuung sowie
- Verbesserung der Einsatzbedingungen.

Sowohl in der März- als auch in der April-Ausgabe des Bezirksjournals Bundespolizei (Deutsche Polizei) wurden über diese fünf Forderungen der Frauengruppe des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) anlässlich unserer „Puzzelfahrt“ Anfang März 2011 bereits berichtet.

Da uns die Post im Stich ließ, fehlte leider ein Puzzleteil, welches wir in den nächsten Tagen dem Staatssekretär nachreichen und auch überprüfen, ob unser Puzzle dem ihm zugeordneten Ehrenplatz in seinem Büro erhalten hat und wie weit der Sachstand zu unseren Forderungen zu Qualifizierungsmaßnahmen gem. § 5 TVöD bereits vorangeschritten ist.

Klaus-Dieter Fritzsche sicherte uns zu, sich um die Abarbeitung der Forderungen zu kümmern; offenbar fand bereits eine Beauftragung direkt an die Abtei-



Unsere Kolleginnen und Kollegen in gespannter Erwartung zur Ankunft des Staatssekretärs.



Wir hoffen, dass zukünftig alle Kolleginnen – ob der Erfüllung unserer Forderungen – gut lachen haben. Stück für Stück setzt sich das Puzzle zusammen.
Fotos: GdP

lung Bundespolizei im Bundesministerium des Innern zur weiteren Aufarbeitung statt.

Die GdP-Frauengruppe wird nachhaltig diesen Prozess begleiten, damit unsere Forderungen auch „ins Ziel“ gebracht werden. In den nächsten Ausgaben werden wir zum jeweiligen Sachstand informieren.

Bis dahin ...

**Eure Felizitas Miklis,
Vorsitzende der GdP-Frauengruppe**

KLARTEXT 2010

Die Ergebnisse unserer Mitgliederbefragung „Klartext 2010“ liegen nunmehr vor und wurden in der Bundespressekonferenz Anfang April 2011 zusammen mit Prof. Dr. Gerd Strohmeier, als verantwortlichem Wissenschaftler von der Technischen Universität Chemnitz für dieses Projekt, vorgestellt. Die Gewerkschaft der Polizei berichtet ausführlich in dieser Mitgliederzeitschrift im Bundesteil der „Deutschen Polizei“. Darauf sei an dieser Stelle nochmals

ausdrücklich hingewiesen und wir danken nochmals allen Kolleginnen und Kollegen, die sich an dieser Befragung aktiv beteiligt haben. Zu weiterführenden Informationen verweisen wir auch auf unsere Internetveröffentlichungen unter www.gdp-bundespolizei.de sowie www.klartext2010.de. Auf Grundlage der dezidierten Ergebnisse werden wir diese im Speziellen in unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen einfließen lassen.



KREISGRUPPE FRANKFURT/MAIN

Während des Zeitraums vom 16. bis zum 17. März führte die Kreisgruppe (KG) Frankfurt/Main der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihr drittes Seminar für Vertrauensleute (VL) in der Rhön durch.

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen meldeten sich zu dem Seminar, sodass seitens des Vorstands insgesamt 35 Kolleginnen und Kollegen zu dieser Veranstaltung begrüßt werden konnten. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren Vertrauensleute, die seit Jahren diese ehrenamtliche gewerkschaftliche Arbeit vor Ort am Frankfurter Hauptbahnhof leisten sowie neue Kolleginnen und Kollegen in der GdP, die sich an die GdP-Arbeit „herantasten“



Der neu gewählte JUNGE-GRUPPE-Vorstand vom Frankfurter Hauptbahnhof.



Der neu gewählte GdP-Frauenvorstand der KG Frankfurt/M.

wollten. Reiner Bieker und Helmut Seibert führten souverän durch das Seminarprogramm. Als Überraschung wurde am ersten Abend eine abgelegene Gastwirtschaft – mitten in der hohen Rhön – angesteuert, wo man den Abend bei gu-

ten Speisen und Getränken ausklingen lassen konnte.

Im Weiteren wurde sowohl eine JUNGE GRUPPE als auch eine GdP-Frauengruppe in unserer KG durch Wahlen „aus der Taufe“ gehoben, sodass sich die GdP-Personengruppen nunmehr bei unserer Dienststelle – mit ihren ganz individuellen und schwierigen Spezifika – ebenfalls widerspiegeln. Der Vorstand der Frauengruppe besteht aus: Cindy Burkhardt (Vorsitzende), Larissa Seitner (stellvertretende Vorsitzende), Susanne Görlach und Michaela Emmert (Beisitzerinnen) sowie Heidi Weigelt, Ina Bauer und Britta Petermann (weitere Mitglieder).

Der Vorstand der JUNGEN GRUPPE setzt sich wie folgt zusammen: Anke Lecher (Vorsitzende), Michaela Emmert (stellvertretende Vorsitzende) sowie Daniel Krebs und Larissa Seitner (Beisitzer/-in).

Im Rahmen des Seminars wurde Dieter Fruhner – als Dank für seine jahrzehntelange Tätigkeit als Vertrauens-

mann – ein kleines Präsent überreicht. Kollege Fruhner wird nämlich zum Juli dieses Jahres seinen wohlverdienten Ruhestand antreten.

Viele gewerkschaftliche und personalrätliche aktuelle Informationen wurden seitens des KG-Vorstands an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer herangetragen. Sachliche Diskussionen und gewerkschaftliche Zielsetzungen rundeten eine gelungene Veranstaltung ab.

Unsere KG startete im Mai 2008 mit 160 Mitgliedern; derzeit betreuen wir ca. 260 Mitglieder, einschließlich der 42 Mitglieder von der Bundespolizeiinspektion Bexbach – Außenstelle Frankfurt/Main –, die ebenfalls in unser Betreuungsmandat innerhalb unserer GdP-Direktionsgruppe Koblenz fallen. Mehrere gewerkschaftliche Aktionen fanden in der KG Frankfurt/Main ihren Ausgang und ver-



Ein Dank von Reiner Bieker (links) an Dieter Fruhner für seine langjährige GdP-Arbeit.

Fotos: GdP

zeichneten Erfolge für alle Beschäftigten in der Bundespolizei. Als Beispiele seien hierfür an dieser Stelle die Einführung der taktischen Hülle für die Schutzweste und – aktuell – die Einführung der Strickweste genannt. Resümee der VL-Schulung:

Wir befinden uns gewerkschaftlich auf dem richtigen Weg. Unser Ziel stellt das Erreichen einer größeren Berufszufriedenheit für alle Beschäftigten der Bundespolizei dar.

**Reiner Bieker,
KG-
Vorsitzender
Frankfurt/Main**



Erfrischend und erfreulich: Die große Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der VL-Schulung.

